



NIEDERSCHRIFT

über die 4. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 18.11.2014,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:54



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Dirk Vögeli

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Dr. Maximilian Ingenthron

Prof. Peter Leiner

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid

Heinz Schmitt

Armin Schowalter



Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

bis 18.30 Uhr TOP 5 ö. S.

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

AfD

Myriam Kern

Gerhard Mosebach

FDP

Jochen Silbernagel

ab 17.08 Uhr TOP 2 ö.S.

Piraten



Kim Julia Kratz

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Hans Schlösser	(Rechnungsprüfungsamt)
Aydin Tas	(Beirat Migration und Integration)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Gerhard Becker	(Ortsvorsteher Mörzheim)
Michael Niedermeier	(Leiter Pressestelle)
Carina Treitz	(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt



SPD

Dr. Hannes Kopf



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat darum, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Bericht des Vizepräsidenten der Universität Koblenz-Landau, Herrn Professor Ralf Schulz, zu erweitern. Herr Professor Schulz würde unter Tagesordnungspunkt 2 berichten, die nachfolgenden Punkte verschieben sich entsprechend.

Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht des Vizepräsidenten der Universität Koblenz-Landau, Prof. Ralf Schulz
3. Verleihung des Ehrenringes der Stadt Landau an Herrn Gerhard Becker
4. Anhörung zur Breitbandversorgung in Landau
5. Abschlussbericht des Beirates für Migration und Integration
6. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Fortschreibung Radwegekonzept
Vorlage: 101/247/2014
7. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Straßenbenennung nach "Gustav Gulden";
Grundsatzbeschluss
Vorlage: 101/248/2014
8. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Benennung der Kreisverkehre an der
Autobahnanschlussstelle Landau-Mitte nach den elsässischen Partnerstädten Haguenau und
Ribeauvillé
Vorlage: 101/249/2014
9. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Standesamtstermine den Wünschen
der Bürger anpassen
Vorlage: 101/250/2014
10. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Auftrittsverbot für Zirkusbetriebe mit Wildtieren
Vorlage: 101/251/2014
11. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Resolution über die Ablehnung von Fracking innerhalb
des Stadtgebietes Landau
Vorlage: 101/252/2014
12. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Übersichtliche Dokumentation der Stadtratsprotokolle auf
den Internetseiten der Stadt
Vorlage: 101/253/2014
13. Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die
Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2013



Vorlage: 060/026/2014

14. Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 060/027/2014
15. Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 060/028/2014
16. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an das Ehepaar Manfred und Gudrun Cronauer
Vorlage: 100/147/2014
17. Nachwahl für den Schulträgerausschuss
Vorlage: 100/150/2014
18. Öffentlicher Betrauungsakt der Stadt Landau in der Pfalz für
 - a) die als Regiebetrieb geführte Einrichtung „Zoo Landau in der Pfalz“,
 - b) die als Regiebetrieb geführte nicht selbstständige Einrichtung „Stadtbibliothek“,
 - c) den Verein „Südliche Weinstraße – Büro für Tourismus Landau e. V.“
Vorlage: 200/177/2014
19. Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung)
Vorlage: 300/082/2014
20. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: 860/244/2014
21. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen
Vorlage: 300/086/2014
22. Programm Soziale Stadt – Prüfauftrag des Stadtrates vom 22.07.2014 (Antrag der SPD-Fraktion vom 10.07.2014)
Vorlage: 610/297/2014
23. Endgültiger Beschluss der 17. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan C34 „Am Lohgraben“,
Vorlage: 610/310/2014
24. Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan C 34 "Am Lohgraben"
Vorlage: 610/312/2014
25. Verschiedenes



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Dumröse bat um Auskunft ob für die Unterflurmüllbehälter mittlerweile die Absaugmaschine angeschafft worden sei.

Bürgermeister Hirsch antwortete, dass die Maschine auf jeden Fall bestellt sei. Ob die Lieferung bereits erfolgt ist, könne er im Moment nicht sagen.

Herr Dumröse wollte wissen, ob es mittlerweile eine Antwort des Landes auf die Anfrage des Oberbürgermeisters zu den Windenergieanlagen gebe.

Der Vorsitzende teilte mit, dass es eine Antwort gebe. Derzeit sei er in Abstimmung mit der Landrätin zum weiteren Vorgehen.

Herr Dumröse fragte, wer der Autor des neuen Flyers zur Geschichte Landaus sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man dies gerne mitteilen könne.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Bericht des Vizepräsidenten der Universität Koblenz-Landau, Prof. Ralf Schulz

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Professor Ralf Schulz, Vizepräsident der Universität Koblenz-Landau, und dankte ihm, dass er kurzfristig bereit gewesen sei, einen aktuellen Bericht zur Situation der Universität zu geben.

Herr Professor Schulz berichtete, dass die Universität aktuell zum Wintersemester an beiden Standorten zusammen 15.000 Studierende habe. Damit sei man nach wie vor die zweitgrößte Universität im Land Rheinland-Pfalz. Die Nachfrage in den einzelnen Studienfächern sei asymmetrisch. Es gebe Fächer, die extrem gut nachgefragt seien und andere, die weniger gut nachgefragt seien. So könnte man am Standort Landau beispielsweise im Fach Germanistik Vorlesungen vor 540 Leuten halten. Solch große Räume gebe es aber gar nicht an der Universität. Daher müsse man Vorlesungen teilweise doppelt halten. Mit den jetzt 15.000 Studierenden sei die Kapazitätsgrenze erreicht. Ein ganz wichtiger Punkt im Jahr 2015 sei die Präsenz auf der Landesgartenschau. Hier werde man mit einem sehr hohen Engagement Präsenz zeigen. Alleine im grünen Klassenzimmer werde man mehr als 200 Einzelveranstaltungen machen. Die Universität investiere gut 300.000 Euro in diese Veranstaltung.

In vollem Gange sei das Projekt „Profil³ - Bildung, Mensch, Umwelt“. Damit wolle man dem Profil der Universität ein Gesicht geben, das Profil der Universität in diesen drei Bereichen weiter ausprägen. Verstärkt wolle man auch ausländische Studierende an die Universität holen. Hierfür habe man beispielsweise ein „Welcomecenter“ eingerichtet, um die Willkommenskultur zu verbessern. Dazu gehöre auch die Ausarbeitung von Konzepten, um die ausländischen Studierenden nicht nur auszubilden, sondern auch noch einige Jahre danach im Land zu halten.

Ein zweites großes Projekt sei die Etablierung eines Zentrums für außerschulische Lernorte. Man habe derzeit 16 außerschulische Lernorte, hiervon 10 im Landauer Raum. Ein solcher Lernort in Landau sei beispielsweise das Gelände an der Queich, an dem jetzt ein Umweltparcours entstehe. Damit zusammen hänge die sich immer mehr etablierende Campusschule. Hier entstehe ein immer dichter werdendes Netz von Schulen, mit denen man zusammenarbeite.

Ein weiterer Aspekt sei die Friedensakademie, die hier in Landau angesiedelt sei. In diesem Zusammenhang wolle die Universität eine Stelle für eine Juniorprofessur besetzen. Dies werde eine Stiftungs-Juniorprofessur sein. Hier sei es gelungen, dies als Klaus-Töpfer-Stiftungs juniorprofessur besetzen zu können.

Als Perspektive für die Zukunft sei die Entwicklung der Universität bezüglich der Standorte in der Stadt vorrangig. So sei eine Vision, dass man sich in Zukunft auf einen Campus Nord im Bereich des jetzigen Standorts im Fort und einen Campus Süd im Bereich Bürgerstraße und Landesgartenschau Gelände konzentriere.

Viele Gedanken mache man sich, wie man eine noch bessere Identifizierung der Studierenden mit der Stadt hinbekomme. Hier gebe es die Vision, ein studentisches Begegnungszentrum zu schaffen. Dies könnte ein Zentrum sein mit Kneipen, Cafés und vielleicht einer Bühne.

Weiter benötige man mehr Kapazitäten, um noch mehr wissenschaftliche Veranstaltungen durchführen zu können. Hier wäre es hilfreich, wenn es gelingen würde ein Tagungszentrum zu schaffen. Ein dritter Punkt, den man angehen wolle, sei die Ansiedlung eines internationalen Innovationszentrums als Schnittstelle zwischen Universität und Wirtschaft. Dies wäre eine Besonderheit in Rheinland-Pfalz.

Ratsmitglied Dr. Blinn dankte für die SPD-Stadtratsfraktion Herrn Professor Schulz für den Bericht. Er schlage vor, dass es eine Tradition werden könnte, dass die Universität einmal im Jahr im Stadtrat berichtet. Im nächsten Jahr habe die Universität ihr 25-jähriges Jubiläum. Man könne sich mittlerweile nicht mehr vorstellen, dass es die Universität nicht in der Stadt gibt.

Ratsmitglied Lerch war der Auffassung, dass der Bericht bewiesen habe, dass die Universität nicht im Elfenbeinturm stecke. Der Bericht habe auch imposante Perspektiven aufgezeigt. Er wünsche, dass zumindest ein Teil davon umgesetzt werden könne. Die CDU-Stadtratsfraktion werde dies



wohlwollend unterstützen. Sein Eindruck sei, dass die Vernetzung der Studierenden mit der Stadt durchaus noch Optimierungspotential habe. Er bitte noch um eine kurze Einschätzung, ob die Universität mittelfristig einen Rückgang der Studierendenzahlen befürchte.

Herr Professor Schulz entgegnete, dass auch die Universität von einem Rückgang der Zahlen ausgehe. Schwieriger könnte es beim Bereich des Lehramtes werden. Dem versuche man aber bereits seit geraumer Zeit zu begegnen mit der Möglichkeit einen zweifachen Bachelor zu erwerben.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass Landau eine sehr dynamische Universität habe. Der Bericht habe ein Feuerwerk an Perspektiven enthalten. Dies zeige auch, dass die Universität immer mehr in der Stadt ankomme und dies sei gut so. Es sei dies eine Entwicklung, die man so auch wünsche. Die Universität sei der Motor der Stadtentwicklung. Man freue sich auf die weitere Zusammenarbeit.

Ratsmitglied Maroc unterstrich, dass es extrem viele Schnittstellen zwischen der Stadt und der Universität gebe. Dies habe der Bericht von Herrn Professor Schulz deutlich gemacht. Das Sorgenkind sei die Identifikation der Studenten mit der Stadt. Es gebe aber schon viele Ansätze dies zu ändern. Stadt und Universität sollten dies auch gemeinsam hinbekommen.

Ratsmitglied Professor Leiner fragte nach dem Fachbereich Musik und der Entscheidung der Universität, diesen an den Standort Koblenz zu verlegen. Er wolle wissen, ob das Lehrpersonal in Landau bleibe.

Professor Schulz antwortete, dass das Lehrpersonal perspektivisch in zwei Richtungen wandere. Eine Person wechsele nach Koblenz, eine Person gehe in den Ruhestand. Es bleibe aber auch Lehrpersonal in Landau. So gebe es eine gewisse Kompensation durch die Einführung des Faches Darstellendes Spiel.

Ratsmitglied Dürphold schlug vor, dass der Stadtrat vielleicht einmal eine Sitzung an der Universität durchführen könnte.

Professor Schulz nahm diesen Vorschlag gerne auf. Die Universität würde sich freuen, wenn der Stadtrat eine Sitzung bei der Uni abhalten würde.

Ratsmitglied Schmitt wollte wissen, ob die Drittmittelförderung auch an der Universität Landau eine Rolle spiele.

Professor Schulz entgegnete, dass dies natürlich eine Rolle spiele, sonst wäre es keine Universität. Er schätze, dass die Universität Landau die stärkste Steigerung an Drittmitteln in Rheinland-Pfalz habe. Durchgehend 80 bis 90 % der Mitarbeiter der Universität würden aus Drittmitteln finanziert.

Ratsmitglied Dr. Migl erkundigte sich nach Möglichkeiten, ob wissenschaftliche Erkenntnisse besser für die Stadt genutzt werden können. Zudem bat sie um Auskunft, wie stark das Angebot für Gasthörer genutzt werde.

Professor Schulz antwortete, dass die Nutzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse durch die Stadt durchaus stattfinde. Es gebe sehr viele Kooperationen mit der Stadt, der Energie Südwest und auch mit Gemeinden in der Umgebung. Sicher wäre es auch im Interesse der Universität, dies noch stärker zu nutzen. Zahlen zu den Gasthörern könne er nicht nennen, aber Gasthörer seien immer willkommen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Verleihung des Ehrenringes der Stadt Landau an Herrn Gerhard Becker

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass der Ehrenring für mindestens 20-jährige ehrenamtliche Tätigkeit als Ratsmitglied oder als Ortsvorsteher verliehen werde.

Herr Gerhard Becker sei seit 20 Jahren Ortsvorsteher von Mörzheim und damit mittlerweile der dienstälteste Ortsvorsteher in Landau. 1994 erstmals zum Ortsvorsteher gewählt, sei er jeweils in Urwahl von den Bürgerinnen und Bürger wiedergewählt worden. Dies zeige, dass die Menschen in Mörzheim ihm vertrauen. In den 20 Jahren seien wesentliche Projekte gemeinsam mit dem Ortsbeirat gestemmt worden. Zu nennen sei hier der Neubau des Kindergartens, die Ausweisung des Baugebietes MH 4, der Ausbau der Brühlstraße und die 1275-Jahr-Feier Mörzheims im Jahr 1999. Ihm liege die örtliche Gemeinschaft und die Bewahrung und Förderung des Eigenlebens sehr am Herzen. Herr Becker sei zupackend und stets mit einem offenen Ohr für die Anliegen der Bürger, eher Praktiker als Verwaltungsmensch.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte Herrn Gerhard Becker den Ehrenring der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Anhörung zur Breitbandversorgung in Landau

Der Vorsitzende begrüßte die Referenten Herrn Albert Schädler, Breitbandberater des Breitband-Projektbüros und Herrn Marc Watgen, Leiter des IHK-Dienstleistungszentrum Landau. Es sei bekannt, dass die Situation in Bereichen von Landau hinsichtlich der Breitbandversorgung nicht optimal sei. Man kenne die Ursachen und arbeite an Lösungen, wie man die Situation gerade in den Ortsteilen verbessern könne.

Herr Schädler erläuterte, dass das Breitband-Projektbüro beim Innenministerium Rheinland-Pfalz angegliedert sei und zur Zeit aus drei Beratern bestehe.

Es sei so, dass es meistens im ländlichen Raum Probleme gebe. Dies liege daran, dass die Netzbetreiber dort nur wenig bis gar nicht investieren. In den Ballungsgebieten würden die Netzbetreiber hingegen selbst initiativ.

Zunächst müsse man feststellen, dass man drei verschiedene Breitbandtechniken habe. Dies seien zum einen die herkömmlichen Telefonkupferleitungen, dann gebe es den LTE Richtfunk und schließlich die Satellitenversorgung. Wichtig sei bei der Glasfaserverbindung, diese möglichst nah von der Betriebsstelle an den Kunden zu bringen. Die Glasfaserkabel seien ebenso wie der Richtfunk dämpfungsarm und damit sehr gut Breitbandgeeignet. In Landau habe man sechs verschiedene Betriebsstellen der Deutschen Telekom. Je weiter weg man von der Betriebsstelle sei, desto schmalbandiger werde es. Derzeit gehe ein Kupferkabel von der Betriebsstelle direkt zum Haushalt. Ziel sei es, alle Haushalte mit Glasfaser oder mit Richtfunk anzubinden.

Die Grundversorgung sei mit einer Bandbreite von 2 MB definiert, dies sei in Landau und den Stadtteilen zu 95 % erfüllt. Die zweite Stufe sei eine Bandbreite von 30 MB im Downloadbereich. Im Zentrum von Landau sei dies noch teilweise erreichbar, in der Peripherie und den Stadtteilen seien es aber noch maximal 10 % der Haushalte die diese Bandbreite erreichen. Im Vergleich zum Umland, den Gemeinden im Kreis Südliche Weinstraße, stehe Landau noch gut da. In den Stadtteilen von Landau werde es zugegeben etwas mager. Dammheim werde nun durch einen Vertrag mit der Firma Inexio an das Glasfasernetz angebunden und bekomme so schnelleres Internet. Am schlechtesten sei Mörzheim ausgebaut. Alle in Landau hätten die Grundversorgung, hinsichtlich einer Versorgung mit 30 MB müsse man aber sicher noch aktiv werden. In Landau könne und müsse man noch weiter ausbauen, es gelte vor allem die peripheren Bereiche zu erschließen.

Herr Watgen bezeichnete die Breitbandversorgung als sehr wichtiges Thema für Unternehmen und die Wirtschaft. 95 % der Unternehmen würden die Breitbandversorgung als sehr wichtigen Standortfaktor werten, noch vor einer guten Verkehrsanbindung. Dies sei für die Unternehmen der mit Abstand wichtigste Standortfaktor. Landau sei im Bereich Breitband unter dem Durchschnitt der pfälzischen Städte. Insofern gebe es hier dringenden Handlungsbedarf. Für Unternehmen seien 30 MB längst nicht mehr attraktiv, für diese seien 50 MB wichtig. Mittlerweile habe man „Cloud-Computing“ in dem Daten weltweit verschickt und abgelegt werden. Man habe Homeoffice, so dass man hier unbedingt die Versorgung mit 50 MB anvisieren müsse. Für Unternehmen gehe es nicht nur um Downloads, sondern seien auch die Uploads sehr wichtig. Keine andere Technologie komme am Glasfaser vorbei. Er bitte den Stadtrat nachdrücklich, dem Thema Priorität einzuräumen.

Ratsmitglied Freiermuth bat um Erläuterung, welche Möglichkeiten von städtischer Seite bestehen, um die Lücken in der Breitbandversorgung zu schließen.

Herr Schädler erinnerte daran, dass es in der Vergangenheit möglich gewesen sei, mit irgendwelchen Mitteln die Grundversorgung zu gewährleisten. Jetzt sei eine Grundversorgung mit 2 MB zu 98,9 % erreicht. Seit 1. Juli 2014 gebe es nun einen rechtlichen Rahmen, die sogenannte Gruppenfreistellungsverordnung. In einem gewissen Rahmen gebe es hier Möglichkeiten, öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Bedarf müsse nachgewiesen werden, es müsse eine Interessensbekundung abgefragt werden und es müsse dann eine technikneutrale Ausschreibung geben.



Ratsmitglied Lerch hielt es für wichtig, dass der Stadtrat deutlich aufnehme wie wichtig der Wirtschaft eine adäquate Breitbandversorgung sei. Die Frage sei, ob die Stadt hier Geld in die Hand nehmen könne oder müsse, um hier Abhilfe zu schaffen. Er stelle die durchaus provokante Frage, ob die Breitbandversorgung wichtiger sei als ein günstiger Gewerbesteuerhebesatz.

Herr Watgen sah hier durchaus einen Handlungsbedarf bei den Kommunen, denn es gehe um Infrastruktur. Die Stadt sollte hier koordinierend tätig werden. Dies laufe im Moment sehr gut. Er denke beispielsweise an eine Private Partnership, in der man öffentliche und private Mittel zusammenführe.

Der Vorsitzende betonte, dass man hier als Stadt bereits tätig sei. Seit Jahren frage man immer wieder den Bedarf ab. Im Gewerbegebiet „Kleiner Sand“ werde es bereits umgesetzt. In Dammheim unterschreibe man nächste Woche den Vertrag, im kommenden Jahr folge das Gewerbegebiet Am Messiegelände. Das Gewerbegebiet D 10 werde gleich bei der Erschließung entsprechend versorgt.

Ratsmitglied Maier unterstrich, dass schnelles Internet nicht nur für die Unternehmen ein wichtiger Standortfaktor sei. Es gebe auch viele Bürger, die Homeoffice betreiben. Für diese sei es mindestens genauso wichtig. Er plädiere dafür, dass die Stadt unter Umständen den fehlenden Betrag in den Ortsteilen zuschieße, wenn die erforderliche Zahl von Vorverträgen nicht erreicht werde.

Ratsmitglied Dr. Bals stellte die Frage, wie man beispielsweise dieses „Breitband to the Home“ umsetzen könne. Sei es notwendig, in ganz Landau die Bürgersteige aufzumachen, um Glasfaser zu legen?

Herr Schädler erläuterte, dass es sinnvoll wäre bei Tiefbaumaßnahmen Leerrohre mit zu verlegen. Tiefbauarbeiten würden 60 bis 70 % der Investitionskosten ausmachen.

Ratsmitglied Dr. Bals wollte ergänzend wissen, wieviel Prozent von Landau mit Leerrohren versorgt sei.

Herr Messemer antwortete, dass in den Gewerbegebieten bei der Erschließung Leerrohre mitverlegt worden seien.

Herr Schädler ergänzte, dass bisher nur bis zu den Kabelverteilern Glasfaser angebunden werde. Vom Verteiler zum Haushalt werde dann über die vorhandene Kupferleitung versorgt. Dies mache Inexio so und auch die Telekom. Ziel müsse es sein, irgendwann auch die Haushalte direkt mit Glasfaser zu versorgen. Insofern seien dies im Moment alles Zwischenschritte.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron wollte wissen, ob Glasfaser in der Tat das Medium der Zukunft sei.

Herr Schädler bejahte dies. Was in 10, 15 oder 20 Jahren sei, lasse sich heute schwer sagen.

Ratsmitglied Lerch fragte, wieviel Mbit Versorgung man in den Gewerbegebieten D 9 und D 10 habe.

Herr Messemer erläuterte, dass dies sehr unterschiedlich sei.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Abschlussbericht des Beirates für Migration und Integration

Der Vorsitzende begrüßte den Vorsitzenden des Beirates für Migration und Integration, Aydin Tas und bat ihn um den Abschlussbericht des Beirates.

Herr Tas wies auf den vorliegenden ausführlichen Abschlussbericht hin, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Er betonte, dass der Beirat in seiner Arbeit natürlich nicht das Rad neu erfunden habe. Vieles bewährte wie die Woche der Kulturen seien fortgeführt und weiterentwickelt worden. Durch die Umsetzung vieler einzelner Integrationsprojekte sei der Integrationsprozess gefördert und die Grundlage für die künftige Beiratsarbeit geschaffen worden. Er danke allen Beiratsmitgliedern für ihre engagierte Mitarbeit und Unterstützung.

Integration sei keine Einbahnstraße, sondern eine Querschnittsaufgabe der gesamten Bevölkerung. Man müsse über vorhandene Probleme gemeinsam sprechen und versuchen, diese zu lösen. Nur so könne ein friedliches Miteinander funktionieren. Die Lösungsansätze sollten zukunftsfähig und nachhaltig sein. In der Frage ob und wie Integration gelingen kann, sollten neue Ansätze gesucht werden. Kulturelle Vielfalt sei eine Bereicherung und Chance für die Gesellschaft. Man müsse nicht seine Herkunft aufgeben oder leugnen, um sich zu integrieren.

Die derzeit angelaufene Diskussion um eine stärkere Bürgerbeteiligung sei richtig und wichtig. Dabei dürfe man aber den Aspekt der politischen Teilhabe von Migranten nicht auslassen. Es würde der Kommune und der Demokratie als ganzes gut tun, wenn man alle Menschen teilhaben lasse.

Pressefreiheit sei ein wichtiger Bestandteil der Demokratie. Sie dürfe aber nicht missbraucht werden, um Persönlichkeitsrechte zu missachten und zu diskriminieren. Die hiesige Presse sei für den Beirat ein wichtiger Kooperationspartner.

Natürlich dürfe man die Arbeit des Beirates inhaltlich kritisieren und in Frage stellen. Dies gelte auch für ihn als Vorsitzenden. Für eine sachliche Kritik sei er immer dankbar und offen gewesen. Die Zeit als Vorsitzender sei nicht immer einfach, aber bereichernd gewesen. Für die breite Unterstützung danke er der Stadtspitze, dem Stadtrat und der Verwaltung.

Der Vorsitzende dankte Herrn Tas für seinen Bericht. Die Arbeit in einem Beirat sei nicht immer eine Harmonieveranstaltung. Der Bericht habe deutlich gemacht, dass Integrationsarbeit nie abgeschlossen sei und man sich ständig auf dem Weg befinde. In Landau sei man mit dem Integrationskonzept auf einem guten Weg. Viele Migranten würden Landau als Heimat sehen. Er werbe und bitte um eine hohe Wahlbeteiligung für die Beiratswahlen am 23. November 2014. Dies sei wichtig für die Legitimation des Beirates. Er danke Herrn Tas für seine engagierte Arbeit. Er sei durchaus ein streitbarer Vorsitzender gewesen, was aber auch gut so sei.

Ratsmitglied Berger hätte sich gewünscht, dass man den Bericht vorab im Beirat beraten hätte. Bei manchem hätte sie durchaus kritische Anmerkungen. Sie habe es als wertvolle Aufgabe empfunden, diesen Beirat mit zu begleiten.

Ratsmitglied Schwarzmüller dankte für die SPD-Stadtratsfraktion Herrn Tas und dem Beirat für die Zusammenarbeit. Es seien 5 beeindruckende und emotionale Jahre gewesen. Wichtig sei, dass der neue Beirat auf Sachebene diskutiere und es schaffe, den Integrationsplan weiter zu schreiben.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass es teilweise turbulente Zeiten in den vergangenen 5 Jahren gewesen seien. Dies sei aber auch ein Zeichen, dass der Beirat in unserer Gesellschaft angekommen sei. Viele Migranten würden sich einbringen und sich auch engagieren. Hier wachse etwas zusammen.

Ratsmitglied Dr. Migl betonte, dass es keine einfache Aufgabe gewesen sei, diesen Beirat zu führen. Es bleibe im Bereich der Integrationsarbeit noch viel zu tun.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Fortschreibung Radwegekonzept

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16. Oktober 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Es sei hier ein Baustein für die Fortschreibung des Radwegekonzeptes vorgeschlagen. Er bitte darum, dass dieser Prüfauftrag in den Gremien weiter beraten wird.

Der Vorsitzende begrüßte den Antrag ausdrücklich. In anderen Städten sei man mit der Umsetzung schon so weit. Es werde immer auch ein Für und Wider in dieser Frage geben. Man sollte im Bauausschuss und im Arbeitskreis Verkehr darüber reden, in welchen Einbahnstraßen dies möglich sei. Er empfehle, diesen Antrag in den Bauausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Hott erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion es prinzipiell unterstütze, dass mehr für das Fahrrad gemacht werde. Vor allem Ost-West-Querungen würden fehlen. Man werde einem Verweis in den Bauausschuss zustimmen.

Ratsmitglied Lichtenthäler begrüßte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion den Antrag. Das Thema sei an sich nichts Neues. Das Radwegekonzept sei vor vielen Jahren auf den Weg gebracht worden. Dort sei dies alles schon drin gewesen. Allerdings sei seitdem leider wenig passiert. Er würde sich freuen, wenn man mit diesem Antrag etwas mehr Bewegung reinbringen würde. Landau habe Potentiale, die nicht genutzt würden. Man habe durchaus auch eine positive Entwicklung, das Fahrrad auf die Straße zurück zu bringen. In anderen Städten gebe es zum Beispiel Fahrradstraßen. Auch in Frankreich sei beispielsweise in dieser Hinsicht unheimlich viel passiert. Ein großes Problem sei die fehlende Radwegebeschilderung. Das Konzept hierfür liege in der Schublade, die ADD habe es für dieses Jahr aus dem Haushalt gestrichen. Er erwarte, dass die Verwaltung eine für die ADD gut begründete Position in den nächsten Haushalt einstellt.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass Landau sich entwickle. Manche Dinge würden aber nun manchmal Zeit brauchen. Das Interesse an Fahrrädern sei stärker ausgeprägt, gerade bei jüngeren Menschen. Der Antrag passe in die Zeit. Das was hier vorgeschlagen werde, sei teilweise schon gelebte Realität. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme einem Verweis in den Bauausschuss zu.

Ratsmitglied Dr. Bals schlug vor, statt über einzelne Punkte zu reden eine kompakte Diskussion über alle Aspekte der Mobilität zu führen. Dies sollte alles in einem Mobilitätskonzept für Landau zusammengefasst werden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass Herr Dr. Bals damit offene Türen einrenne. Man habe bereits vor Monaten im Bauamt die Abteilung Mobilität gegründet, die sich genau damit beschäftigen solle.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass der Antrag sinnvoll sei. Er solle das Radfahren erleichtern und sei allein schon deshalb unterstützenswert. Abschreckend sei zum Teil das Radfahrverhalten in der Gerberstraße. Vielleicht sollte man auch nochmal das Projekt der Bereitstellung von Rädern durch die Stadt angehen.

Ratsmitglied Mosebach hielt den Antrag für sehr sinnvoll. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme einem Verweis in den Bauausschuss ebenfalls zu. .

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16. Oktober 2014 zur Fortschreibung des Radwegekonzeptes wird zur weiteren Beratung in den Bauausschuss verwiesen.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Straßenbenennung nach "Gustav Gulden"; Grundsatzbeschluss

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17. Oktober 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Gustav Gulden und sein juristisches Wirken seien durchaus von historischem Interesse für die Stadt Landau. Man erachte ihn in seiner Person für würdig, eine Straße nach ihm zu benennen. Der Vorschlag wäre, eine Straße in Mörzheim nach Gustav Gulden zu benennen.

Ratsmitglied Follenius-Büssow erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion den Antrag ablehnen werde. Dies habe nichts mit der Person von Gustav Gulden zu tun. Es gehe vielmehr darum, ein Signal zu setzen gegen eine erneute männliche Straßenbenennung. Hier sei man von einer Gleichstellung der Geschlechter in der Würdigung ihrer Lebensleistungen noch weit entfernt. Von 537 Straßen und Plätzen in Landau seien nur 10 nach Frauen benannt. Man strebe an regional und historisch bedeutsame Frauen gleichberechtigt stärker zu berücksichtigen. Hierfür rege man an in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv ein Inventar über bedeutende Frauen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Wirkungsbereichen zu erstellen. Ein Ziel, das man damit verfolgen sei, die Öffentlichkeit für die weiblichen Spuren in der Historie der Stadt Landau zu sensibilisieren.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass er gerade als Mörzheimer diesem Antrag zustimmen könne.

Ratsmitglied Dr. Migl erinnerte daran, dass es schon Initiativen für Frauennamen gegeben habe. In diesem Fall aber würde sie dem Antrag zustimmen.

Ratsmitglied Lerch war der Auffassung, dass man die Bedeutung dieses Antrages nicht überhöhen sollte. Er halte es aber für sinnvoll, auch den Ortsbeirat Mörzheim hierzu zu hören.

Ratsmitglied Mosebach stimmte für die AfD-Stadtratsfraktion diesem Antrag zu.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja-, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Eine Straße im Stadtgebiet wird nach dem Politiker Gustav Gulden benannt; das Straßenschild wird mit einer kurzen historischen Erläuterung versehen. Die Straßenbenennung soll eine Straße im Stadtteil Mörzheim betreffen. Diesbezüglich ist der Ortsbeirat Mörzheim zu beteiligen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Benennung der Kreisverkehre an der Autobahnanschlussstelle Landau-Mitte nach den elsässischen Partnerstädten Haguenau und Ribeauvillé

Der Vorsitzende erläuterte den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17. Oktober 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Hintergrund des Antrages sei, die elsässischen Partnerstädte in einer weiteren Form öffentlich zu würdigen. Hierfür würden sich die beiden Kreisverkehre an der Autobahnanschlussstelle Landau-Mitte bei der A 65 anbieten. Nach den Jubiläen der Partnerschaften in den letzten Jahren sollte man die Gelegenheit nutzen, die Partnerschaften auch im Stadtbild zu würdigen.

Der Vorsitzende schlug vor, den Kreis im Südring zum Partnerschaftskreis zu machen. Die Bepflanzung und Gestaltung der Kreis an der A 65 sei nämlich abgeschlossen.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass er es gut finden würde, wenn sich die Verwaltung schon jetzt Gedanken über eine sinnvolle Bepflanzung der Kreis nach der Landesgartenschau machen würde. Die Kreis an der Autobahnanschlussstelle Landau-Mitte seien seiner Meinung nach falsch geplant und dadurch möglicherweise in der Bevölkerung nicht positiv besetzt.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17. Oktober 2014, die Kreisverkehre an der Autobahnanschlussstelle Landau-Mitte nach den elsässischen Partnerstädten Haguenau und Ribeauvillé zu benennen, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Standesamtstermine den Wünschen der Bürger anpassen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 25. Oktober 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. In Landau sei es bisher leider nur möglich, Freitags bis 13.00 Uhr zu heiraten. Die Samstagstermine im Mai und Juni seien bereits komplett ausgebucht. Für das Jahr 2015 sollte ein weiterer Samstagstermin eingerichtet werden. Die Praxis der Bevölkerung habe sich gewandelt. Für viele sei der Standesamtstermin der feierliche Anlass. Mit den zusätzlichen Gebühren, die die Kosten des Standesamtes decken, habe man kein Problem.

Bürgermeister Hirsch entgegnete, dass das Anliegen verständlich sei. Das Thema Kundenorientierung des Standesamtes habe man auf dem Radarschirm. Leisten könne man alles nur im Rahmen der personellen Möglichkeiten. Zusätzliche Termine würden zusätzliche personelle Kapazitäten erfordern. Hier sei man im Moment auf der Suche nach Möglichkeiten, wie man dies verbessern könne. Zum Antrag selbst wolle er feststellen, dass diese Organisation ein Geschäft der laufenden Verwaltung sei.

Ratsmitglied Vogler erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion dem Antrag zustimmen werde. Sie gebe aber zu bedenken, dass dies auch personell geleistet werden müsse.

Ratsmitglied Lerch war der Auffassung, dass der Antrag inhaltlich Sinn mache. Er habe die Ausführungen des Bürgermeisters so aufgefasst, dass die Verwaltung wohlwollend prüfe.

Ratsmitglied Freiermuth signalisierte unter der Voraussetzung, dass die Ausführungen des Bürgermeisters beachtet werden, Zustimmung.

Ratsmitglied Marquardt ging davon aus, dass bei vorhandenem Bedarf in der Bevölkerung, die Verwaltung auch schon entsprechende Wege gehe. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Der Vorsitzende betonte, dass die Gebühren bei weitem nicht kostendeckend seien. Es gehe ja nicht nur um die zwanzigminütige Trauungszeremonie. Er betonte nochmals, dass dies Sache der laufenden Verwaltung sei, die nicht vom Rat bindend beschlossen werden könne. Man werde das verwaltungsintern prüfen und dann Rückmeldung geben.

Ratsmitglied Mosebach begrüßte für die AfD-Stadtratsfraktion diesen Antrag. Es dürfe allerdings nicht mehr kosten als vorher.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung prüft im Rahmen ihres internen Geschäftsablaufs zusätzliche Trautermine im Jahr 2015 und unterrichtet den Stadtrat über das Ergebnis der Prüfung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Auftrittsverbot für Zirkusbetriebe mit Wildtieren

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 6. November 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Kern begründete den Antrag. Wildtiere, zu denen Elefanten und Raubkatzen zählen, würden in Zirkussen in Gefangenschaft leben. Sie könnten sich nicht artgerecht bewegen. Diese Anregungen gebe es bereits europaweit. 16 europäische Länder hätten bereits solche Verbote oder starke Einschränkungen erlassen. Auch in Deutschland gebe es bereits entsprechende Initiativen. Neustadt, Heidelberg, Speyer und Worms hätten solche Verbote erlassen. Dies könne auch für Landau sinnvoll sein.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er dieses Anliegen unterstützen könne. Wildtiere hätten in Zirkussen nichts verloren. Dies sei die emotionale Seite, etwas anderes sei die rechtliche Seite. Als Stadt alleine könne man dies nicht umsetzen.

Bürgermeister Hirsch erläuterte, dass Landau als erste Stadt in Rheinland-Pfalz diesbezüglich aktiv geworden sei. Von Seiten der Stadtholding, die hier zuständig sei, habe man sich gegen ein Verbot ausgesprochen, weil es rechtlich nicht umsetzbar sei, solange die bundesgesetzlichen Regelungen nicht geschaffen seien. Wenn man es auf städtischen Flächen bzw. den Flächen der Stadtholding nicht zulasse, dann habe man einen Verdrängungswettbewerb hin zu den privaten Flächen. Dann habe man überhaupt keine Eingriffsmöglichkeit mehr. Man hoffe, dass auf Bundes- und Landesebene endlich die bereits vereinbarten Regelungen verfasst werden. Mit der konkreten Umsetzung seien uns derzeit die Hände gebunden. Verbote, wie sie die anderen Städte ausgesprochen hätten, hätten insoweit im Moment nur deklaratorischen Charakter und könnten rechtlich nicht durchgesetzt werden.

Ratsmitglied Lerch war der Auffassung, dass uns diese Diskussion nicht weiterbringe. Die Fakten, die Bürgermeister Hirsch vorgetragen habe, seien eindeutig.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass die Argumentation des Stadtvorstandes seiner Meinung nach richtig sei. Der Antrag sei sicherlich gut gemeint, aber in der Gesamtgemengelage das Pferd von der falschen Seite aufgezäumt. Ein Verbot sei nur dann effizient handhabbar, wenn es flächendeckend ausgesprochen werden könne. Daher lehne die SPD-Stadtratsfraktion den Antrag in der vorliegenden Fassung ab.

Ratsmitglied Hartmann bat im Nachgang zur Sitzung um wörtliche Protokollierung seiner Ausführungen zu diesem Punkt.

Ratsmitglied Hartmann: „Der Stadtrat ist nicht der Bundestag. Wir können darüber letztendlich nicht entscheiden, so wie der Antrag gestellt wurde. Zu dem gleichen Ergebnis sind wir auch gekommen. Deshalb werden wir, obwohl Bündnis 90/Die Grünen sich lange für dieses Wildtierverschbot einsetzen, den Antrag ablehnen. Eine persönliche Anmerkung noch an der Stelle; Frau Kern, ihr halber Antrag ist aus dem Internet kopiert von irgendwelchen Seiten, die sich für den Tierschutz einsetzen. Ich würde doch bitten, sich nicht mit fremden Federn zu schmücken und darauf zu verweisen, wenn sie so etwas 1:1 kopieren. Danke schön“

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass es viele Bereiche gebe, in dem der Tierschutz mehr praktiziert werden müsste. Natürlich liege im Zirkussektor einiges im Argen, das sehe man auch so. Man sollte aber die große rechtliche Rahmensituation anpassen, alles andere mache momentan keinen Sinn.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass der Antrag einen gewissen Sinn mache. Vielleicht wäre es sinnvoll zu sehen, was die anderen Städte gemacht haben. Man sollte doch nochmal schauen, welche



Möglichkeiten man habe. Die Probleme der Umsetzung sehe sie durchaus auch. Sie halte es für sinnvoll, dies nochmal im Hauptausschuss zu beraten.

Ratsmitglied Kern entgegnete auf die Ausführungen von Herrn Hartmann, dass man den Antrag von einem Experten auf diesem Gebiet habe erstellen lassen. Sie denke nicht, dass dieser abschreibe.

Ratsmitglied Freiermuth sah bei diesem Thema auch eine Abstimmung mit den Füßen. Es würden immer weniger Menschen zum Zirkus gehen, so dass dieses Problem sich irgendwann von alleine regeln werde.

Der Stadtrat lehnte mit 2 Ja,- 39 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion, ein Auftrittsverbot für Zirkusbetriebe zu erlassen, die Darbietungen mit Wildtieren präsentieren bzw. Wildtiere mit sich führen, ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Resolution über die Ablehnung von Fracking innerhalb des Stadtgebietes Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 6. November 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Mosebach begründete den Antrag. Der Stadtrat solle sich mit dieser Resolution festlegen, dass Fracking in Landau nicht erwünscht sei. Regeln könne man dies ja rechtlich in Landau nicht. Bei Fracking bestehe eine große Gefahr für die Umwelt. Das Land Nordrhein-Westfalen habe beispielsweise bereits ein Frackingverbot erlassen.

Der Vorsitzende stellte fest, dass uns formal keine Resolution vorliege, über die man abstimmen könne.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die AfD mit diesem Antrag ein nationales geopolitisches Thema aufgreife. Die Auseinandersetzung müsse man aber auf der richtigen Ebene führen. Im Moment sei eine bundesgesetzliche Regelung in Arbeit. In Landau sollte man sich damit befassen, wenn Entscheidungen anstehen. Dann habe man Einwirkungsmöglichkeiten. Er wolle nur deutlich machen, dass die Entscheidung für die Geothermie hier im Stadtrat ohne Einfluss von Lobbyisten gefasst worden sei. Insofern sehe er einige Formulierungen in dem Antrag kritisch.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erinnerte daran, dass sich der Stadtrat in der letzten Wahlperiode mit diesem Thema ausführlich befasst habe.

Ratsmitglied Lichtenthäler betonte, dass man inhaltlich mit dem Antrag voll auf einer Linie sei. Die Grünen würden Fracking ablehnen sowohl auf Landes-, wie auch auf kommunaler Ebene. Gleichwohl mache der Antrag heute in dieser Form keinen Sinn. Er wolle die Resolution sehen über die er abstimmen solle. Zudem sehe er im Moment keinen Handlungsbedarf. Man müsse erst einmal die gesetzliche Regelung abwarten, die ja in Vorbereitung sei.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass die Verhältnisse bei uns andere seien wie in den USA. In Deutschland werde Fracking zu 98 % abgelehnt.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass der Antrag Sinn mache. Man könne sich ja parteiübergreifend nochmals mit dem Thema auseinandersetzen. Das Thema könne durchaus sehr schnell aktuell werden. Es habe sich ja vor ein paar Jahren gezeigt, als die Firma, die seismische Messungen durchführen wollte, nicht sehr offen gewesen sei. Von daher wäre ihrer Meinung nach die prophylaktische Form einer Resolution sinnvoll.

Der Vorsitzende bat darum, die Dinge sachlich auseinanderzuhalten. So hätten die seismischen Messungen mit Fracking überhaupt nichts zu tun gehabt. Das Thema Fracking stehe in der Stadt nicht an.

Ratsmitglied Kern erklärte, dass die AfD-Stadtratsfraktion den Antrag zurückziehe.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Übersichtliche Dokumentation der Stadtratsprotokolle auf den Internetseiten der Stadt



Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 6. November 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Mosebach begründete den Antrag. Der derzeitige Weg, die Stadtratsprotokolle zu finden, sei seiner Meinung nach sehr umständlich. Es gehe darum, es für die interessierten Bürger zu vereinfachen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er nicht den Eindruck habe, dass es sehr schwierig sei. Im Rahmen des großen Prozesses Bürgerbeteiligung werde man sich aber auch den Internetauftritt der Stadt nochmals ansehen.

Ratsmitglied Demmerle betonte, dass das Bürgerinformationssystem ein Bestandteil von SESSION-NET sei und die Daten betreffend hiervon abhängig.

Ratsmitglied Lerch bat darum, kurz darzustellen wie man als Bürger an die Informationen komme.

Der Schriftführer präsentierte kurz den Weg zu den Ratsprotokollen, die mit 3 Klicks aufrufbar waren.

Ratsmitglied Kratz erklärte, dass sie das Problem nicht sehe.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass es bei so einer großen Verwaltung nicht gehe, dass alles auf einen Blick zu sehen ist. Manche Dinge müsse man manchmal suchen, das sei bei großen Firmen ganz genau so.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass der Rat in dieser Frage privilegiert sei. Sie sei auch schon von Bürgern angesprochen worden. Dennoch halte sie den Antrag nicht für zielführend.

Ratsmitglied Kolain bat darum, den Stadtrat nicht mit jeder kleinen Layoutsache auf der Homepage zu befassen.

Ratsmitglied Mosebach erklärte, dass die AfD-Stadtratsfraktion den Antrag zurückziehe.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2013

Der Vorsitzende und Bürgermeister Hirsch waren gemäß § 22 GemO befangen und haben an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Ratsmitglied Scharhag übernahm als ältestes Ratsmitglied den Vorsitz.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 17. September 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Morio, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, gab einen kurzen Bericht zu den Prüfungen des Rechnungsprüfungsausschuss. Die Prüfung habe keine Auffälligkeiten und Beanstandungen ergeben. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfehle einstimmig die Feststellung des Jahresabschlusses der Kunststiftung und die Entlastung des Vorstandes.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung für das Haushaltsjahr 2013 sowie

b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2013



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2013

Der Vorsitzende, Bürgermeister Hirsch und Beigeordneter Klemm waren gemäß § 22 GemO befangen und haben an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Ratsmitglied Scharhag übernahm als ältestes Ratsmitglied den Vorsitz.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 17. September 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Morio, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, gab einen kurzen Bericht zu den Prüfungen des Rechnungsprüfungsausschuss. Die Prüfung habe keine Auffälligkeiten und Beanstandungen ergeben. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfehle einstimmig die Feststellung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und die Entlastung des Vorstandes

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung für das Haushaltsjahr 2013 sowie

b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2013



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2013

Der Vorsitzende und Ratsmitglied Dr. Blinn waren gemäß § 22 GemO befangen und haben an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Ratsmitglied Scharhag übernahm als ältestes Ratsmitglied den Vorsitz.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 17. September 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Morio, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, gab einen kurzen Bericht zu den Prüfungen des Rechnungsprüfungsausschuss. Die Prüfung habe keine Auffälligkeiten und Beanstandungen ergeben. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfehle einstimmig die Feststellung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und die Entlastung des Vorstandes

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung für das Haushaltsjahr 2013 sowie

b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2013



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an das Ehepaar Manfred und Gudrun Cronauer

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 15. Oktober 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht dem Ehepaar Manfred und Gudrun Cronauer, Wieslauterstraße 17, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Verdienste im sportlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Nachwahl für den Schulträgerausschuss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 6. November 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt

Herrn Hansjürgen Wurtz-Linz, Karl-Sauer-Straße 5, 76829 Landau in der Pfalz

als Lehrervertreter und

Frau Daniela Hesse-Kreischer, Annebosstraße 6, 76855 Annweiler

als Elternvertreterin

in den Schulträgerausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Öffentlicher Betrauungsakt der Stadt Landau in der Pfalz für

- a) die als Regiebetrieb geführte Einrichtung „Zoo Landau in der Pfalz“,**
- b) die als Regiebetrieb geführte nicht selbstständige Einrichtung „Stadtbibliothek“,**
- c) den Verein „Südliche Weinstraße – Büro für Tourismus Landau e. V.“**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 17. Oktober 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, ob diese Übernahme gesetzlich vorgeschrieben sei.

Der Vorsitzende bejahte dies.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die in der Anlage beigefügten Betrauungsakte.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 29. September 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den dieser Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 1. Oktober 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau als Satzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 28. Oktober 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Es gehe darum, der Fußgängerzone mehr Qualität zu geben. Die Werbebanner,- und -schilder halte er nicht für zielführend. Über diese Sondernutzungssatzung wolle man versuchen, dies zu steuern.

Bürgermeister Hirsch ergänzte, dass dies darüber hinaus auch Teil einer Haushaltskonsolidierung sei mit dem Ausschöpfen von Einnahmen.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die Gründe der Änderung durchaus plausibel dargestellt seien. Es gehe in der Summe um eine Erhöhung von durchschnittlich 10 %. Diskussionen in der Fraktion habe es bei der Frage der Außenbestuhlung gegeben. Landau sei eine Stadt mit mediterranem Flair, dabei sei die Außenbestuhlung ein Teil dieses Gefühls und daher auch wichtig. Die CDU-Stadtratsfraktion werde mehrheitlich der Vorlage zustimmen, allerdings hätten einzelne Fraktionsmitglieder eine andere Meinung und würden auch entsprechend anders abstimmen.

Ratsmitglied Schmitt machte darauf aufmerksam, dass die 10 % nur ein Teil dessen sei, über was man heute abstimme. Viel gravierender sei die Erhöhung bei den Klappständern in der Fußgängerzone, die von 12,50 Euro auf 240 Euro angehoben werden sollen. Er könne verstehen, dass es auch um die Erhöhung der Einnahmen gehe. Allerdings gebe es auch eine Reihe von jungen Existenzgründern, die auf diese Ständer angewiesen seien. Wenn man dies nicht mehr wolle, dann müsse man es komplett verbieten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass über die Qualität von Fußgängerzonen nicht die Zahl der Klappständer und T-Shirt-Ständer entscheide. So wie es jetzt sei, habe es mit einem Erlebnis in einer historischen Fußgängerzonen nichts zu tun. Daher sehe er die Sondernutzungssatzung auch als steuernde Wirkung.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass es das legitime Recht der Stadt sei, dies zu steuern. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl sah die Argumente als ausreichend besprochen an. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 6 Enthaltungen:

den als Anlage 1 beigelegten Entwurf einer Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung)



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Programm Soziale Stadt – Prüfauftrag des Stadtrates vom 22.07.2014 (Antrag der SPD-Fraktion vom 10.07.2014)

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Stadtbauamtes vom 6. Oktober 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron dankte der Verwaltung für die vorliegende Ausarbeitung und die umfassenden und schlüssigen Informationen. Das Programm „Soziale Stadt“ sei ein hochattraktives Konzept, um Stadtquartiere aufzuwerten. Er bitte darum, dieses Thema in jedem Fall nach der Landesgartenschau wieder aufzurufen. Für die kommenden Haushaltsberatungen kündige er einen Antrag an, um diese zunächst bescheidene Summe für den Verfügungsfonds zu verankern.

Ratsmitglied Eichhorn erinnerte daran, dass der Antrag vor 5 Jahren schon einmal gestellt worden sei. Die Gefechtslage habe sich seit dem nicht geändert. Auch die Argumente von damals würden heute nach wie vor im Raum stehen. In Frage käme hier der Horst oder ein Südstadtbereich. Das Programm spreche aber von sozialen Missständen in benachteiligten Stadtteilen. Gerade die Südstadt habe aber durch die Entwicklungsmaßnahme eine hohe Aufwertung erfahren. Man müsse vorsichtig sein, was Fördertöpfe angehe. Fördermittel würden gleichzeitig auch Haushaltsmittel generieren. Die CDU-Stadtratsfraktion sehe derzeit noch keinen Handlungsbedarf.

Ratsmitglied Braun sah in der Vorlage die klare Botschaft, dass das Programm Soziale Stadt die personellen und finanziellen Ressourcen der Stadt übersteige. Dies bedauere die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion sehr. Man brauche nicht nur ein Programm „Soziale Stadt“, sondern preiswerten Wohnraum. All dies könnte in ein solches Programm integriert werden. Weiter brauche man Nachhaltigkeit in der Gemeinwesenarbeit. Dies sei mit einem Verfügungsfonds so nicht gegeben. In unserer Stadt gebe es nicht nur „gute Stuben“, sondern auch benachteiligte Viertel. Teilweise gebe es in der Südstadt schon einen Verdrängungsprozess. Man wolle darauf hinweisen, dass man das nicht außer Acht lasse.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass ein Bedarf auf allen Ebenen da sei. Junge Leute hätten Schwierigkeiten, adäquaten Wohnraum zu finden. Zuschüsse von 30 oder 40 % seien schon erhebliche Gelder, deshalb sollte man dies auch nicht überstürzen. Daher mache es durchaus Sinn, dies bis nach der Landesgartenschau zurückzustellen. Dies sollte man in Ruhe und auf breiter Ebene diskutieren. Es sei dies ein grundsätzliches Thema in allen Städten.

Ratsmitglied Dr. Migl bedankte sich für die gut zusammengestellten Informationen, mit denen man arbeiten könne. Sie warne aber davor, dies auf die lange Bank zu schieben.

Ratsmitglied Mosebach hielt es für sinnvoll, dies nach der Landesgartenschau zu machen.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

Endgültiger Beschluss der 17. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan C34 „Am Lohgraben,,

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 30. September 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Braun erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion die Vorlage aus Gründen des Umwelt- und Naturschutzes ablehne. Man sei gegen einen Eingriff in dieses ökologisch hochsensible Gebiet. Die Ausgleichsmaßnahmen im Pockensatz könnten zwar den Eingriff rechnerisch ersetzen, dennoch entstehe eine komplett andere Fauna. Sie halte die gelieferte Begründung eines wachsenden Siedlungsdrucks auch nicht für stichhaltig. Auf dem Landesgartenschau Gelände gebe es genügend Flächen. Der Ressourcenverbrauch stehe in keinem Verhältnis zum Flächenverbrauch.

Ratsmitglied Freiermuth erinnerte daran, dass man sich in allen Vorberatungen gegen dieses Vorhaben ausgesprochen habe. Er wolle klar betonen, dass die FWG durchaus für eine wirtschaftliche Entwicklung Landaus sei. Dies gelte aber nicht für diesen Standort. Er halte es für falsch, in einem solch sensiblen Gebiet so etwas zu bauen.

Ratsmitglied Marquardt war der Meinung, dass es ein Unding sei, wenn man in Landau ein Haus auf Stelzen bauen müsse. Schon aus Gründen des Schutzes der Bewohner müsse man dies ablehnen.

Ratsmitglied Mosebach teilte mit, dass die AfD-Stadtratsfraktion diese Vorlage ablehne. Hinter den geplanten Häusern befinde sich ein Sumpfbiotop.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 28 Ja, - 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

- 1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§4 Abs. 1 BauGB) zur Vorentwurfsfassung der 17. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 vom Mai 2014 entsprechend den in Anlage 2 beigelegten Abwägungsvorschlägen abgewogen. Die Synopse vom 03. Juli 2014 ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Entwurfsfassung der 17. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 vom Juli 2014 entsprechend den in der als Anlage 3 beigelegten Synopse vom 19.09.2014 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 3. Für den in der Anlage 1 zu dieser Sitzungsvorlage zeichnerisch dargestellten Bereich wird die 17. Teiländerung des am 27. Januar 2000 wirksam gewordenen Flächennutzungsplanes (FNP) 2010 der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren (§ 8 Abs. 3 BauGB) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan C34 „Am Lohgraben,, endgültig beschlossen. Die Begründung und der Umweltbericht werden gebilligt (§ 6 BauGB).**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan C 34 "Am Lohgraben"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 26. September 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 28 Ja,- 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

1. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans C 34 "Am Lohgraben" vom März 2014 entsprechend den in der als Anlage 2 beigefügten Synopse vom 04.07.2014 niedergelegten Abwägungsvorschlägen abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
2. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zur Vorentwurfsfassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans C 34 "Am Lohgraben" vom März 2014 entsprechend den in der als Anlage 3 beigefügten Synopse vom 04.07.2014 niedergelegten Abwägungsvorschlägen abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
3. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans C 34 "Am Lohgraben" vom Juli 2014 entsprechend den in der als Anlage 4 beigefügten Synopse vom 22.09.2014 niedergelegten Abwägungsvorschlägen abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
4. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen zur Vorentwurfsfassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans C 34 "Am Lohgraben" vom Juli 2014 entsprechend den in der als Anlage 5 beigefügten Synopse vom 22.09.2014 niedergelegten Abwägungsvorschlägen abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
5. **Der vorhabenbezogene Bebauungsplan C 34 "Am Lohgraben" einschließlich der textlichen Festsetzungen und Hinweise wird in der Fassung vom September 2014 als Satzung beschlossen und die Begründung mit Umweltbericht, einschließlich des vom Vorhabenträger vorgelegten Vorhaben- und Erschließungsplanes gebilligt (Anlage 1). Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen und die Öffentlichkeit, welche Stellungnahmen geäußert hat, von dem Abwägungsergebnis schriftlich in Kenntnis zu setzen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)

Verschiedenes

Beigeordneter Klemm informierte über die Verbringung von Erdaushub auf dem Taubensuhl. Eine ausführliche Diskussion hierüber bitte er in der Sitzung des Umweltausschusses am kommenden Donnerstag zu führen, zu dem ausdrücklich alle Ratsmitglieder eingeladen sind.

Es sei ja hinlänglich bekannt, dass es auf dem Taubensuhl wie auch im übrigen Pfälzer Wald erhebliche Verbiss- und Schälsschäden gebe. Daher fordere der Forst schon seit Jahren Äsungsflächen anzulegen. Dies sei bisher nur marginal geschehen. Jetzt habe ein Jagdpächter angefragt, ob er auf dem Taubensuhl eine größere Äsungsfläche anlegen könne. Hierzu sei die Verbringung von Erdaushub auf den Taubensuhl notwendig. Dies sei von der Unteren Naturschutzbehörde genehmigt worden. Bei dieser Wildäsungsfläche gehe es nicht darum, die Tiere anzufüttern, sondern ihnen Nahrung zu geben um Verbiss- und Schälsschäden zu vermeiden. Dies sei im Sinne der Stadt als Waldeigentümer. Heute nun habe es ein Gespräch mit der Oberen Naturschutzbehörde gegeben. Die Obere Naturschutzbehörde habe nun angewiesen, die weitere Verbringung von Erdaushub einzustellen. Es müsse wohl künftig so sein, dass der Antrag vom Forst an die Obere Naturschutzbehörde zu stellen ist. Diese sei hierfür zuständig. Er könne dies nicht ganz nachvollziehen, zumal das Ministerium die Anlegung von Äsungsflächen eindeutig befürworte.

Ratsmitglied Marquardt fand es bedauerlich, dass weder im Bauausschuss noch im Umweltausschuss dieses thematisiert worden sei. Man habe hier offensichtlich die Genehmigungsbehörde übergangen. Verbiss- und Schälsschäden gebe es schon seit Jahrhunderten, das sei nie anders gewesen. Der Beigeordnete habe im Frühjahr an denselben Pächter ein zweites Jagdrevier eigenhändig ohne Ausschreibung an einen stadtbekanntem Investor vergeben. Wenn es darum gehe, was erlegt werden darf, dann sei hierfür die Obere Jagdbehörde zuständig und nicht die Kommune.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, welche Gründe es gegeben habe, die Gremien nicht zu informieren. Sie finde es feige, heute hier nicht ausführlich über das Ergebnis des Gespräches zu informieren, sondern dies auf den Donnerstag zu verschieben.

Beigeordneter Klemm entgegnete, dass er erst eine Stunde vor der Sitzung vom Ergebnis des Gespräches bei der Oberen Naturschutzbehörde erfahren habe. Fakt sei, dass die Arbeiten von der Oberen Naturschutzbehörde gestoppt worden seien. Mehr könne er hierzu nicht sagen. Für eine Information der Gremien habe es keinen Anlass gegeben. Das Anlegen von Äsungsflächen sei ein ganz normales Geschäft der laufenden Verwaltung.

Ratsmitglied Lerch wollte wissen, ob der Oberbürgermeister etwas zur neuesten Entwicklung in Sachen Geothermie sagen könne.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es über das bereits gesagte hinaus im Moment nichts zu erörtern gebe. Es gelte die Resolution des Stadtrates.

Ratsmitglied Dr. Migl bat Herrn Bürgermeister Hirsch um Informationen zum Gespräch mit der Firma Daldrup.

Bürgermeister Hirsch antwortete, dass es nichts zu berichten gebe.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach den Bürgersteigen in der Eutzinger Straße in Höhe Philosophengarten.

Herr Kamplade informierte, dass der gesamte Bereich dort umgestaltet werde. Dies geschehe in Abstimmung zwischen dem Bauherren und dem Stadtbauamt.





Die Niederschrift über die 4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 18.11.2014 umfasst 32 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 550.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter